

Aktuelles aus der Hauptstadt von Ihrem **CDU** – Bundestagsabgeordneten Dr. Michael Fuchs

Brief aus Berlin - März 2017



Liebe Leser/innen,

am Montag freute ich mich gemeinsam mit der CDU-Fraktionsvorsitzenden des Landtags Julia Klöckner über den Wahlerfolg von Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer im Saarland. Die SPD hat geglaubt, Schulz könne über Wasser laufen., doch er ist noch nicht mal über die Saar gekommen. Dieser Wahlerfolg war ein wichtiges Signal, auch für den Bund!



Bild: Büro Fuchs MdB

Am Dienstag Früh hatten wir den Botschafter der Republik Irland Michael Collins zu Gast. Er erzählte mit welchen harten Folgen Irland nach einem Brexit zu tun hat. Zum ersten Mal würde es in Irland eine Grenze geben! In den anschließenden Interviews mit ITV, Bloomberg und BBC später in der Woche ging es dann auch um das Thema Brexit!

Am Mittwoch war unser großer Fraktionskongress zum Thema „Mut zur Zukunft: Innovationsstandort Deutschland“ mit Bundeskanzlerin Merkel. Sie hat über die Wichtigkeit von Innovation für die deutsche Wirtschaft gesprochen (Seite 11).



Bild: Büro Fuchs MdB

Die Ergebnisse des Koalitionsausschusses wurden in einer Sondersitzung der Fraktion

am Donnerstag besprochen.

Das Foto rechts entstand am Mittwoch beim Parlamentarischen Abend des VCI, wo ich die Haupt-Rede halten durfte.



Bild: VCI

Mit besten Grüßen

Ihr

Michael Fuchs

Ausgabe 06 / 27. März bis 31. März 2017



© I-vista / pixelio.de

Das Saarland weist einen erfolgreichen Weg

Der Wahlsieg am Wochenende ist ein guter Auftakt für uns ins Wahljahr. Wir beglückwünschen die CDU im Saarland mit Annegret Kramp-Karrenbauer an der Spitze zu ihrem eindrucksvollen Ergebnis. Das Wahlergebnis ist nicht nur Beleg für eine gute Ministerpräsidentin, sondern es zeigt, dass die meisten Bürger einer stabilen, sicheren Regierung eher zutrauen, die Zukunft gut zu gestalten als einem rot-roten Experiment.

Es war offenkundig ein Fehler der SPD, ihre bisherige Linie im Saarland aufzugeben und nach allen Seiten offen zu sein. Das haben ihr die Bürgerinnen und Bürger nicht durchgehen lassen. Die SPD muss nun erklären, wie sie es mit der Linkspartei im Bund hält, die die Nato auflösen und die russische Aggression gegen die Ukraine einfach hinnehmen will. Leitfiguren der Linken wie Sarah Wagenknecht lassen keine Zweifel daran, dass sie ein anderes Deutschland wollen: Ohne solide Haushaltsführung, ohne innere Sicherheit, Bleiberecht für alle statt Ausweisung krimineller Zuwanderer. Wir als Union haben eine klare Position: Wir koalieren weder mit den Populisten von links noch von rechts. Von dieser Klarheit ist die SPD weit entfernt.

Eines belegt das Ergebnis im Saarland auch: Die Prognosen werden schwieriger, denn kaum einer von uns hätte ein solches Ergebnis erwartet. Dies liegt sicher daran, dass drei von vier Meinungsforschungsinstituten ein Kopf-an-Kopf-Rennen von CDU und SPD prognostizierten. Das zeigt uns allen, aber gerade den Wahlkämpfern in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, dass wir uns von Umfragen nicht zu stark beeinflussen lassen, sondern mit Zuversicht und innerer Haltung für unsere Position werben sollten.

Wir arbeiten weiter für Deutschland

Es sind von nun an noch rund sechs Monate bis zur Bundestagswahl, das ist ein langer Zeitraum. Daher wollen die Spitzen der Koalition in dieser Woche im Koalitionsausschuss klären, welche Vorhaben wir noch in den kommenden Monaten umsetzen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger.

Es gibt Themen, die kein Abwarten dulden: Wir müssen dringend etwas gegen den wiederholten Sozialbetrug im Asylsystem tun. Wer unter mehreren Identitäten sich Geldleistungen erschleicht, verwirkt unsere Gastfreundschaft und muss unser Land wieder verlassen. Hier drängen wir auf eine klare Regelung im Ausländer- und Asylrecht. Wieso wiederholter Diebstahl zu leichterem Abschiebung führen soll, wiederholter Sozialbetrug aber nicht, kann man den Bürgern im Land nicht erklären. Zudem müssen wir Einbrecher härter bestrafen: Wenn Täter in Wohnungen einbrechen, hat das oft traumatische Folgen für die Opfer. Dieser Eingriff in die Privatsphäre ist kein Kavaliersdelikt. Wir wollen, dass Wohnungseinbrecher mindestens eine einjährige Freiheitsstrafe erhalten. Die SPD muss jetzt klar sagen, ob sie die Bürger oder die Einbrecher schützen will.

Aus dem Parlament



© I-vista / pixelio.de

Beschlüsse des Koalitionsausschusses am 29.03.2017

1. Wohnungseinbruch

Der Einbruch in eine dauerhaft genutzte Privatwohnung soll mit einer Mindeststrafe von einem Jahr bestraft werden. Hierzu gibt es keinen minder schweren Fall. In diesen Fällen soll eine Verkehrsdatenabfrage ermöglicht werden.

2. Kinderehe

Der Koalitionsausschuss bestätigt die Einigung der Koalitionsfraktionen zum Verbot von Kinderehen und den aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen auf der Basis des vom BMJV vorgelegten Gesetzentwurfes.

Aus dem Parlament

3. Verhinderung missbräuchlicher Vaterschaftsanerkennungen

BMI und BMJV werden beauftragt, sich kurzfristig auf einen Gesetzentwurf zu verständigen. Hierbei soll sichergestellt werden, dass missbräuchliche Vaterschaftsanerkennungen mit dem Ziel, aufenthaltsrechtliche Verbesserungen zu erreichen, verhindert werden.

4. Familiennachzug

Im Einvernehmen zwischen dem Auswärtigen Amt und dem BMI wird die Härtefallklausel in § 22 Aufenthaltsgesetz in Einzelfällen unter besonderer Berücksichtigung der Kinderrechtskonvention genutzt.

5. Sozialleistungsbetrug

Zur Aufdeckung von Sozialleistungsbetrug von Asylbewerbern sollen die Sozialbehörden gesetzlich ermächtigt werden

- Zugang zu bekommen zum Kerndatensystem,
- einen Fingerabdruckscan zur Identitätsprüfung einzusetzen.

6. Nationales Präventionsprogramm gegen islamistischen Extremismus

Der Koalitionsausschuss beschließt ein nationales Präventionsprogramm gegen islamistischen Extremismus (Anlage). Dafür sind in den Eckwerten für den Bundeshaushalt 2018 weitere 100 Mio. € vorgesehen.

7. Frauen und Kinder in Flüchtlingsunterkünften/ Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Der Koalitionsausschuss beschließt, folgende Regelungen in die geplante Änderung des SGB VIII aufzunehmen:

- bundesgesetzliche Regelungen zu Schutzkonzepten für Frauen/ Kinder in Flüchtlingsunterkünften,
- Steuerungsmöglichkeiten der Länder bezüglich der Kosten von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen.



8. Eckpunkte Kindergeld/ EU

Der Koalitionsausschuss verständigt sich auf Eckpunkte zur Anpassung kindergeldrechtlicher Regelungen für im EU-Ausland lebende Kinder von Personen, die in Deutschland beschäftigt sind. Die gesetzliche Umsetzung erfolgt, sobald die erforderlichen Voraussetzungen im EU-Recht geschaffen sind.

9. Änderung DRK-Gesetz

Der Koalitionsausschuss einigt sich darauf, für Rot-Kreuz-Schwestern im DRK-Gesetz eine Ausnahme von der Höchstüberlassungsdauer nach dem AÜG zu verankern.

Aus dem Parlament

10. Bund-Länder-Finzenzen

Wir bekräftigen den Beschluss der MPK vom 8.12.2016. Bei der Gründung der Bundesfernstraßengesellschaft wird es keine Versetzung von Beschäftigten gegen ihren Willen geben. Für die Überleitung der Beschäftigten werden Überleitungstarifverträge angestrebt. Personalvertretungen werden in die Arbeit des Gremiums, das den Personalübergang begleitet, eng eingebunden. Es wird keine Privatisierung der Bundesstraßen geben. Der Beschluss der MPK regelt das unveräußerliche Eigentum der Infrastrukturgesellschaft und ihrer Tochtergesellschaften im Grundgesetz. Eine Übertragung von Alt-schulden auf die Gesellschaft wird nicht erfolgen. Die Beschaffung im Rahmen von ÖPP erfolgt nur auf der Ebene von Einzelprojekten. Das bedeutet, dass ÖPP im Gesamtnetz und bei Teilnetzen ausgeschlossen ist. Der Bundestag wird bei der Gründung und Kontrolle der Gesellschaft eng eingebunden.

11. Bildungs- und Wissenschaftsschranke

Der Koalitionsausschuss hat sich darauf verständigt, zeitnah eine Regelung zur Einführung einer Bildungs- und Wissenschaftsschranke im Urheberrecht zu beschließen.



Gesetz zum Verbot des Betriebs lauter Güterwagen (Schienenlärmschutzgesetz – SchienenlärmschutzG)

Für den Fahrplanwechsel am 13. Dezember 2020 beschlossen wir in zweiter und dritter Lesung ein Gesetz, das den Betrieb lauter Güterwagen ab diesem Stichtag grundsätzlich verbietet. Über einen einzuhaltenden Schallemissionswert begrenzen wir den von Güterwagen produzierten Lärm. Dabei wahren wir den EU-weit geltenden Anspruch auf Zugang zum Schienennetz, indem nicht umgerüstete Güterwagen ihre Geschwindigkeit so weit drosseln müssen, dass sie nicht lauter sind als Güterzüge mit leisen Wagen. Das Gesetz ist ein wichtiger Schritt in Richtung verbesserter Lärmschutz an deutschen Bahngleisen.

Aus dem Parlament

Maritime Agenda 2025. Für die Zukunft des maritimen Wirtschaftsstandortes Deutschland. - Fünfter Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung und Zukunftsperspektiven der maritimen Wirtschaft in Deutschland

Mit der Maritimen Agenda 2025 liefert die Bundesregierung eine ressortübergreifende Strategie zur Stärkung Deutschlands als maritimem Wirtschaftsstandort. Angesichts neuer Herausforderungen im Klima- und Umweltschutz, aber auch durch fortschreitende Digitalisierung und Automatisierung muss die Innovationskompetenz der mittelständisch geprägten Branche gestärkt werden. Zentrale Bausteine der Strategie sind demzufolge die Sicherung der Technologieführerschaft, die Eröffnung neuer Zukunftsmärkte, die Förderung der maritimen Energiewende und die Nutzbarmachung des Potentials von Industrie 4.0. Das Umsatzvolumen der maritimen Wirtschaft wird auf bis zu 50 Milliarden Euro geschätzt. Direkt oder indirekt arbeiten dort etwa 400.000 Menschen. Daher hat die Koalition die maritime Wirtschaft gestärkt, indem wir im steuerlichen Bereich die Chancen der deutschen Flagge im internationalen Vergleich verbessert haben.

Innovation und Forschung als Wettbewerbsvorteil der deutschen maritimen Wirtschaft

Anlässlich der Zehnten Nationalen Maritimen Konferenz am 3./ 4. April 2017 in Hamburg legten wir einen gemeinsam mit dem Koalitionspartner erarbeiteten Antrag vor, der die Themen Schifffahrt, Häfen und Logistik, Klima und Umweltschutz, Schiffbau und Meerestechnik, Offshore-Windindustrie sowie Maritime Sicherheit behandelt. Wir begrüßen die bereits vielfältigen Aktivitäten der Bundesregierung in diesen Bereichen und fordern sie zu weiteren Maßnahmen auf, wie zum Beispiel bei fortschrittlichen und umweltfreundlichen Schiffsantrieben oder ihrem Eintreten für die Schaffung eines einheitlichen europäischen Seeverkehrsraums ohne Wettbewerbsverzerrungen.



Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie Neuauflage 2016

Mit der neuen Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2016 legt die Bundesregierung die umfassendste Weiterentwicklung seit deren erster Verabschiedung im Jahr 2002 vor. Erarbeitet wurde sie unter intensiver Einbeziehung der Fachöffentlichkeit in einem breit angelegten Konsultationsprozess. Die neue Nachhaltigkeitsstrategie unterstreicht die Bedeutung der Umsetzung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen und richtet sich an deren 17 globalen Nachhaltigkeitszielen aus. Mit der neuen Nachhaltigkeitsstrategie gehen wir wichtige Zukunftsfragen an und setzen mit der systematischen Ausrichtung an den globalen Nachhaltigkeitszielen internationale Maßstäbe.

Aus dem Parlament

Gesetz zur Ergänzung des Finanzdienstleistungsaufsichtsrechts im Bereich der Maßnahmen bei Gefahren für die Stabilität des Finanzsystems und zur Änderung der Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie (Finanzaufsichtsrechtsergänzungsgesetz)

In zweiter und dritter Lesung verabschiedeten wir Ergänzungen zur Stärkung der Finanzmarktstabilität und schaffen mehr Rechtssicherheit bei den Wohnimmobilienkreditrichtlinien. Zum einen soll die Bankenaufsicht mit zusätzlichen Instrumenten ausgestattet werden, um Spekulationen an Immobilienmärkten bei der Vergabe von Wohnimmobiliendarlehen zu bekämpfen. Zum anderen vereinheitlichen wir bei Wohnimmobilienkrediten die Vorschriften zur Kreditwürdigkeitsprüfung. Damit begegnen wir Unsicherheiten der Banken bei der Vergabe von Darlehen, die in jüngster Zeit zum Nachteil, insbesondere von jungen Familien und von Senioren, ausgefallen sind.

Mitteilung des Vereinigten Königreichs über seine Absicht, aus der Europäischen Union auszutreten

Der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union stellt einen einzigartigen Vorgang in der Geschichte Europas dar, der uns vor unbekannte Herausforderungen stellt. Im Vorfeld des Sondertreffens der Staats- und Regierungschefs anlässlich des für den 29. März 2017 angekündigten Austrittsantrags des Vereinigten Königreiches diskutieren wir Leitlinien und Modalitäten der bevorstehenden Verhandlungen. Zum einen müssen wir die Grundlagen für eine geordnete Entflechtung der umfangreichen Beziehungen zwischen den 27 EU-Mitgliedern und Großbritannien und damit die Voraussetzungen für eine konstruktive Neuausrichtung der künftigen Beziehungen schaffen. Zum anderen wollen wir die Einigkeit der verbleibenden 27 Mitgliedstaaten stärken und den Mehrwert der EU-Mitgliedschaft deutlich machen.



Anpassungsvertrag ERP-Förderrücklage. Einholung eines zustimmenden Beschlusses des Deutschen Bundestages gemäß § 6 Abs. 3 ERP-Verwaltungsgesetzes

Zur Beseitigung von rechtlichen Unklarheiten bezüglich der Förderrücklage der KfW stimmen wir einem Anpassungsvertrag zu, mit dem wir die Vereinbarkeit der ERP-Förderrücklage mit den Vorgaben der Kapitaladäquanzverordnung und deren Zurechnung als Kernkapital der KfW eindeutig regeln. Darüber hinaus beschließen wir die Intensivierung des Engagements der KfW im Bereich Wagniskapital- und Beteiligungsfinanzierung. Mit dem Ausbau Letzterer schaffen wir ein zweites Förderstandbein innerhalb der KfW, mit dem Unternehmen in Wachstumsphasen ein verbessertes Kapitalangebot zur Verfügung steht.

Aus dem Parlament

Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/97 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Januar 2016 über Versicherungsvertrieb und zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes

In erster Lesung berieten wir die Umsetzung der europäischen Versicherungsvertriebs-Richtlinie, welche die Anforderungen an Versicherungsvermittler, wie etwa Erlaubnispflicht und Registrierung, sowie erweiterte Informations- und Dokumentationspflichten gegenüber dem Kunden regelt. Auf Grundlage des Koalitionsvertrags führten wir zusätzlich ein Provisionsgebot für Versicherungsvertreter bzw. Versicherungsmakler sowie ein Provisionsverbot für Versicherungsberater ein.

Für gute Bildung in Europa – Erfolgreiches Programm ERASMUS+ weiterentwickeln

Nichts stärkt die europäische Identität mehr als Begegnung und gelebtes Miteinander über Ländergrenzen hinweg. Mit einem Budget in Höhe von insgesamt rund 14,8 Mrd. Euro sollen durch das transeuropäische Bildungsprogramm ERASMUS+ bis 2020 mehr als vier Millionen Menschen, darunter Schüler, Studierende, Auszubildende, Lehrkräfte und junge Freiwillige, von interkulturellem Austausch profitieren. Vor dem Hintergrund der anstehenden Zwischenevaluierung des laufenden Programms und der Überlegungen für die inhaltliche Ausgestaltung der nächsten Programmgeneration fordern wir die Bundesregierung auf, sich in den Verhandlungen auf europäischer Ebene unter anderem für eine ausgewogene Förderung der verschiedenen Bildungsbereiche, eine stärkere Berücksichtigung der Besonderheiten der einzelnen Bildungssektoren und eine Verkürzung von Verwaltungsprozessen einzusetzen.



Mein Interview zum Thema Brexit auf Bloomberg vom 31.03.2017

„Our german exporters are quite strong not only in the U.K. but all over the world.“

„These 4 freedoms are non negotiable, they stick together and you can have all four of them or none!

„The free trade agreement has to be finalized AFTER the brexit negotiations!.“



Presse

zum Link:

https://www.bloomberg.com/news/articles/2017-03-31/eu-brexit-guidelines-ban-bilateral-talks-between-u-k-and-eu-members?utm_content=brexit&utm_campaign=socialflow-organic&utm_source=twitter&utm_medium=social&cmpid%3D=socialflow-facebook-brexit

Meine Rede beim Parlamentarischen Abend des Verbandes der chemischen Industrie (VCI)

am 29. März 2017



Bild: VCI



Bild: VCI



Meine Einführungsrede zum Kongress: „Mut zur Zukunft: Innovationsstandort Deutschland“

Innovationsprinzip, steuerliche Forschungsförderung, ein mutiges gesellschaftliches Klima – das sind nur einige Erfolgsfaktoren für einen zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort. Solche Fragen und Themen müssen behandelt werden. Sie sollen heute und hier in diesem behandelt werden.

Ich freue mich, dass wir neben der Bundeskanzlerin, Frau Ministerin Wanka und hochrangigen Experten gewinnen konnten. Uns allen wünsche ich eine gute Tagung und interessante Diskussionen.

Presse



Hier der Link zum Video der kompletten Veranstaltung <https://www.cducsu.de/veranstaltungen/mut-zur-zukunft-innovationsstandort-deutschland>



Mein Namensbeitrag zum Innovationsstandort Deutschland

aus dem Handelsblatt vom 28.03.2017

Innovationen statt Technik-Angst

Über Jahrhunderte hinweg hat Deutschland technologische Glanzleistungen und Innovations sprünge vollbracht. Die Erfindung des Buchdrucks oder die Erfolgsgeschichten von Unternehmen wie Bayer, Thyssen oder Siemens seit der Industriellen Revolution sind nur einige Beispiele. Heute sind viele Mittelständler Innovationsweltmeister – zum Beispiel im Anlagenbau und bei den Automobilzulieferern.

Diese Erfolgsgeschichte darf nicht zu Selbstzufriedenheit führen. Vielmehr müssen wir dafür sorgen, dass Innovationen in Deutschland weiter Rückenwind haben. Dazu bedarf es gemeinsamer Anstrengungen – von Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft aber natürlich auch der Politik. Das Thema ist heute Gegenstand eines Kongresses der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Deutschen Bundestag unter Mitwirkung der Bundeskanzlerin.

Ich sehe drei Prioritäten: Erstens müssen wir sicherstellen, dass neue Gesetze und Regeln die Innovationskraft der Wirtschaft nicht behindern. Dafür sollten wir in Gesetzgebungsverfahren von Beginn an Vorkehrungen treffen. Daher halte ich Vorschläge aus der Wirtschaft für richtig, die Innovationsoffenheit neuer Regelungen zu einem Prüfkriterium für zukünftige Gesetze zu machen. Der Normenkontrollrat sollte mit dieser Aufgabe befasst werden.

Zweitens müssen wir den Forschungsstandort im internationalen Wettbewerb stärken. Aufgrund massiver Forschungsanstrengungen der Bundesregierung haben wir unser Ziel eines Drei-Prozent-Anteils von Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt inzwischen erreicht. Dieses Ziel müssen wir jetzt ambitioniert weiterentwickeln. Zusätzlich zur bewährten Projektförderung darf die steuerliche Forschungsförderung in Zukunft kein Tabu mehr sein. Die Projektförderung im Bereich Innovation muss – gerade auch zwischen den Ressorts – besser aufeinander abgestimmt werden.

Am wichtigsten ist ein dritter Punkt: Wir brauchen in Deutschland ein innovationsfreundliches Klima. Tatsächlich sind in vielen Zukunftsbereichen gesellschaftliche Ängste zu beobachten – von Bio-Tech bis zur Künstlichen Intelligenz. Wir müssen diese Ängste ernst nehmen. Sie dürfen aber kein politisches K.O.-Kriterium sein. Gerade in Zeiten von Fake-News ist ein strikt faktenbasierter Umgang mit diesen Technikängsten die einzig verantwortungsvolle Antwort. Leider ist gerade im linken und grünen politischen Spektrum das Gegenteil zu beobachten. So schnell diese Herrschaften bei anderen Themen mit der Populismus-Keule kommen, so populistisch spielen sie mit Technikängsten. Dem müssen wir entschieden entgegen treten. Denn Deutschland ist nur durch Ideen, Tatkraft und Mut zur Zukunft seit Jahrhunderten ein erfolgreicher Innovationsstandort. Das soll so bleiben.

Gastkommentar

Gegen die Technikangst



Demit Deutschland erfolgreicher Innovationsstandort bleibt, braucht es mehr Mut, meint Michael Fuchs

Über Jahrhunderte hinweg hat Deutschland technologische Glanzleistungen und Innovations sprünge vollbracht. Die Erfindung des Buchdrucks oder die Erfolgsgeschichten von Unternehmen wie Bayer, Thyssen oder Siemens seit der industriellen Revolution sind nur einige Beispiele. Heute sind viele Mittelständler Innovationsweltmeister – zum Beispiel im Anlagenbau und bei den Automobilzulieferern. Diese Erfolgsgeschichte darf nicht zu Selbstzufriedenheit führen. Vielmehr müssen wir dafür sorgen, dass Innovationen in Deutschland weiter Rückenwind haben. Dazu bedarf es gemeinsamer Anstrengungen – von Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft, aber natürlich auch der Politik. Das Thema ist am Mittwoch Gegenstand eines Kongresses der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag unter Mitwirkung der Bundeskanzlerin. Ich sehe drei Prioritäten: Erstens müssen wir sicherstellen, dass neue Gesetze und Regeln die Innovationskraft der Wirtschaft nicht behindern. Dafür sollten wir in Gesetzgebungsverfahren von Beginn an Vorkehrungen treffen. Daher halte ich Vorschläge aus der Wirtschaft für richtig, die Innovationsoffenheit neuer Regelungen zu einem Prüfkriterium für zukünftige Gesetze zu machen. Der Normenkontrollrat sollte mit dieser Aufgabe befasst werden.

schafft für richtig, die Innovationsoffenheit neuer Regelungen zu einem Prüfkriterium für zukünftige Gesetze zu machen. Der Normenkontrollrat sollte mit dieser Aufgabe befasst werden. Zweitens müssen wir den Forschungsstandort im internationalen Wettbewerb stärken. Aufgrund massiver Forschungsanstrengungen der Bundesregierung haben wir unser Ziel eines Drei-Prozent-Anteils von Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt inzwischen erreicht. Dieses Ziel müssen wir jetzt ambitioniert weiterentwickeln. Zusätzlich zur bewährten Projektförderung darf die steuerliche Forschungsförderung in Zukunft kein Tabu mehr sein. Die Projektförderung im Bereich Innovation muss – gerade auch zwischen den Ressorts – besser aufeinander abgestimmt werden. Am wichtigsten ist ein dritter Punkt: Wir brauchen in Deutschland ein innovationsfreundliches Klima. Tatsächlich sind in vielen Zukunftsbereichen gesellschaftliche Ängste zu beobachten – von Bio-Tech bis zur Künstlichen Intelligenz. Wir müssen diese Ängste ernst nehmen. Sie dürfen aber kein politisches K.O.-Kriterium sein. Gerade in Zeiten von Fake-News ist ein strikt faktenbasierter Umgang mit diesen Technikängsten die einzig verantwortungsvolle Antwort. Im linken und grünen politischen Spektrum ist das Gegenteil zu beobachten. So schnell sie bei anderen Themen mit der Populismus-Keule kommen, so populistisch spielen sie mit Technikängsten. Dem müssen wir entschieden entgegen treten. Denn Deutschland ist nur durch Ideen, Tatkraft und Mut zur Zukunft seit Jahrhunderten ein erfolgreicher Innovationsstandort. Das soll so bleiben.

Der Autor ist stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Sie erreichen ihn unter gastautor@handelsblatt.com

Presse



Mein Interview zum Brexit

bei BBC Newshour am 29.03.2017

"We are not happy at all on this day. We had a partner which we could negotiate with. So we are going to miss you."

"The best thing would be the exit from brexit"

"19.000 single regulations that have to be negotiated!"

Presse

Mein Beitrag zum Innovationskongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
vom 29.03.2017

„Menschen in unserem Land haben immer wieder **technologische Glanzleistungen** vollbracht. In der **industriellen Revolution** sind deutsche Unternehmen wie Zeiss, Krupp, Bayer, Henkel, Thyssen oder Siemens innerhalb weniger Jahre zu Weltkonzernen geworden – die es heute noch immer gibt. Schlüssel zum Erfolg waren Innovationen und Mut zu Zukunft.“

„Deutschland braucht ein gesellschaftliches Klima und eine Kultur, die offen für Innovationen ist.“

„Deutschland ist nur deswegen über Jahrzehnte und Jahrhunderte ein erfolgreicher Innovationsstandort gewesen, weil die Menschen hier Mut zur Zukunft hatten. Das soll so bleiben. Hier muss Politik auch Führung zeigen und darf nicht diffusen Stimmungen und Gefühlen hinterherlaufen.“

„Innovationsprinzip, steuerliche Forschungsförderung, ein mutiges gesellschaftliches Klima – das sind nur einige **Erfolgsfaktoren für einen zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort**. Solche Fragen und Themen müssen behandelt werden.“

zum Überblicksvideo:

<https://www.cducsu.de/themen/wirtschaft-und-energie-haushalt-und-finanzen/innovationen-vorantreiben>



Mein Interview zum Brexit

bei Good Morning Britain auf ITV vom 29.03.2017

Link zum Ausschnitt:

<https://www.facebook.com/michael.fuchs.1276/>

Presse

Mein Statement zum Thema bezahlbares Bauen

aus der FAZ vom 31.03.2017

Unions-Fraktionsvize Michael Fuchs: „Wir wollen bezahlbares Bauen, die SPD offensichtlich nicht.“ Gescheitert ist auf dem Koalitionsgipfel das Vorhaben, mehrere Energiespargesetze zu einem neuen Gebäude-Energie-Gesetz zusammenzufassen. Knackpunkt war die SPD-Forderung, dort einen neuen Effizienzstandard („KfW 55“) festzuschreiben. Der sollte zwar nur für öffentliche Gebäude gelten und war zudem von Ausnahmeregelungen für Kommunen begleitet. Doch in der Union herrschte die Sorge, der Standard werde auch auf private Bauherren übertragen und das Bauen teurer machen.

Mein Statement zum zu den Brexitverhandlungen

Pressemeldung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

„Die Briten werden bei den Verhandlungen ganz schnell erkennen: Ob man Mitglied der EU ist oder nicht, macht einen elementaren Unterschied. Die Briten werden sich nicht aussuchen können, welche EU-Regularien ihnen genehm sind und welche nicht. Eine Rosinen-Pickerei kommt überhaupt nicht in Frage. Die vier Grundfreiheiten der EU - freier Güter-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr - gehören untrennbar zusammen. Das heißt beispielsweise, wenn man diese nicht akzeptiert, dann ist auch der sogenannte Banking-Passport, also das Recht für Banken aus London, ihre Dienstleistungen ohne gesonderte Genehmigung auch in anderen EU-Ländern anbieten zu können, weg. Gleichwohl ist klar, dass wir auch in Zukunft gute nachbarschaftliche und wirtschaftliche Beziehungen zu den Briten haben wollen. Aber das geht nur auf Gegenseitigkeit und mit einer angemessenen Kostenbeteiligung.

Link zur Pressemeldung:

<https://www.cducsu.de/presse/pressestatement/michael-fuchs-zu-den-brexit-verhandlungen>



Mein Statement zum Thema Lohntransparenz

aus der Schwäbischen Zeitung vom 27.03.2017

Beim Thema Lohntransparenz zieht die Union selbst nicht an einem Strang. Während Frauen-Union und Unionsarbeitnehmerflügel dafür sind, gehen dem Wirtschaftsflügel die Pläne zu weit, schon kleinere Firmen zur Auskunftspflicht zu zwingen. „Für Betriebe ab 500 Mitarbeitern können wir das machen, so ist es im Koalitionsvertrag vereinbart“, sagte CDU-Fraktionsvize Michael Fuchs am Sonntag der „Schwäbischen Zeitung“. „Ich kann ja verstehen, dass Herr Schulz von dem Vertrag keine Ahnung hat. Aber an die Koalitionsabsprachen sollte er sich schon halten.“

Presse

Link zum Artikel:

http://www.schwaebische.de/politik/inland_artikel,-Schulz-will-als-Kanzler-zuerst-fuer-Lohngerechtigkeit-kaempfen-_arid,10638906.html

Mein Statement zu der nächsten Fußball-WM in Russland

aus der Süddeutschen Zeitung vom 28.03.2017

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Fuchs, stellte fest: "Ein Land, das nicht einmal die elementarsten Bürger- und Grundrechte garantieren kann, sollte grundsätzlich keine Weltmeisterschaft ausrichten." Fuchs zeigte sich davon überzeugt, dass die schwierige Menschenrechts- und Sicherheitslage "viele Fans davon abhalten wird, nach Russland zur WM zu fliegen." Der Boykott internationaler Sportveranstaltungen müsse "seltenste Ausnahmefall bleiben", sagte Fuchs. "Aber Russland bewegt sich seit geraumer Zeit auf einer gefährlichen Gratwanderung."



Reallöhne in Deutschland verzeichnen starken Anstieg

Wie das endgültige Ergebnis der vierteljährlichen Verdiensterhebung des Statistischen Bundesamtes belegt, ist der Reallohnindex im Jahr 2016 das dritte Mal in Folge stark gestiegen. Während der Reallohnindex um 1,8 Prozent zunahm, stiegen der Verbraucherindex im selben Zeitraum um 0,5 Prozent und der nominale Verdienst um 2,3 Prozent. Zudem setzt sich mit dieser positiven Entwicklung ein Trend fort, von dem vor allem Beschäftigte mit eher unterdurchschnittlichen Verdiensten überdurchschnittlich profitieren können. Hohe nominale Zuwächse des monatlichen Bruttoverdienstes können hierbei vor allem ungelernete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit einer Steigerung von 3,1 Prozent, geringfügig Beschäftigte mit 3,6 Prozent, Teilzeitbeschäftigte mit 2,8 Prozent und Vollzeitbeschäftigte mit 2,2 Prozent verzeichnen. Den größten Branchenzuwachs von 3,5 Prozent nominalem Lohnanstieg wies das Gastgewerbe als Branche mit den geringsten Bruttoverdiensten aus. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Daten und Fakten

Deutsche Elektroindustrie trotz unsicherem weltwirtschaftlichem Umfeld

Ungeachtet der weltwirtschaftlichen Entwicklung im vergangenen Jahr trotzte die deutsche Elektroindustrie diesem Trend. Die deutsche Elektrobranche, welche rund 847.000 Menschen beschäftigt und ein Siebtel aller gesamtwirtschaftlichen deutschen Exporte einnimmt, legte hinsichtlich der um Preiseffekte bereinigten Produktion um 1 Prozent zu. Den größten Anstieg der Erlöse registrierte die Elektrosparte der Medizintechnik mit einem Plus von 6 Prozent. Zusammengefasst belief sich der Branchenumsatz 2016 auf 179 Mrd. Euro und legte dabei im Vergleich zum Vorjahr um 1 Mrd. Euro zu. So konnte die deutsche Elektroindustrie das dritte Mal in Folge einen Exportrekord erzielen. Hinzu kommt, dass die Elektroindustrie mit ihren Brancheninvestitionen für Forschung und Entwicklung von rund 17 Mrd. Euro einen großen Beitrag für die digitale Transformation der Wirtschaft leistet.

(Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung)

© Sililein74 / pixelio.de



Impressum:

Dr. Michael Fuchs MdB
Bahnhofstraße 27
56068 Koblenz

Telefon: 0261 - 9148090
Telefax: 0261 - 9148099

www.cdu-fuchs.de
michael.fuchs@bundestag.de

Bildnachweis:
www.pixelio.de

Textquellen:
CDU/CSU-Bundestagsfraktion,
Deutscher Bundestag

